

Gemeinsamer Änderungsantrag von CDU, FDP, Rüssel, Linke zur DS 357/06-11

Die StV beschließt:

1. Die DS 357/06/11 wird aus dem Geschäftsgang genommen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, eine neue Gesamtplanung mit einer Kostenschätzung zu erstellen. Dabei ist das gesamte Innenstadtdreieck zwischen Marktstraße, Bahnhofstraße und Frankfurter Straße einschließlich der Plätze Marktplatz, Gemeindeplatz, Friedensplatz, Löwenplatz, Europaplatz und Bahnhofplatz mit einzubeziehen. Vorschläge für die stufenweise Umsetzung der Planung sind ebenfalls der STV zur Entscheidung vorzulegen.

Die Planung soll sich an den folgenden Leitlinien orientieren:

- Erhalt der Funktionalität von Fußgängerzonen (inkl. Querachsen), Straßen und Plätzen.
 - Aufwertung der Aufenthaltsqualität unter Berücksichtigung vorhandener städtebaulicher Akzente (Brunnen, Bäume, Bänke, Pflanzkübel, Pergolen etc.) Erhalt der Bodenbeläge, so weit diese funktional und ästhetisch in Ordnung sind. Erhalt des Baumbestandes am Gemeindeplatz.
 - Anpassung der Straßenbeleuchtung im gesamten Kerngebiet der Innenstadt an das System der unteren Marktstraße, soweit dies technisch möglich ist.
3. Der Magistrat legt ein Konzept vor, wie die sozialen Probleme im Bereich des Gemeindeplatzes dauerhaft bewältigt werden können.
 4. Die geplanten Veränderungen sind mit den Anliegern/Geschäftsleuten, betroffenen Institutionen und Bürgern in geeigneter Weise abzustimmen.

Begründung:

Die seitens der Verwaltung vorgelegte Umplanung von Marktstraße und Gemeindeplatz stößt auf ein erhebliches Unverständnis bis hin zur Ablehnung in der Bevölkerung, dies gilt im Besonderen für das geplante Entfernen bzw. Erneuern des Baumbestandes auf dem Gemeindeplatz wie die geplante Erneuerung des intakten Plattenbelags von Marktstraße und Gemeindeplatz, was mit enormen Kosten verbunden ist.

Bereits der höchstens 500 m lange Bereich der Marktstraße mit Gemeindeplatz von der Weisenauer Straße bis zum Marktplatz wird mit 1,6 Mio. € veranschlagt, hochgerechnet auf den gesamten innenstädtischen Bereich dürfte die Umgestaltungsmaßnahme in dieser aufwendigen Art mit Kosten von ca. 10 Mio. € veranschlagt werden müssen. Auch wenn davon ein Teil per Zuschuss des Landes oder Bundes finanziert werden könnte, so verbleiben bei der Stadt dennoch erhebliche Investitionskosten, die die Stadt Rüsselsheim eigenständig nicht aufbringen kann und die über neue Schulden finanziert werden müssen.

Maßnahmen, die lediglich die bauliche Veränderung der entsprechenden Straßenzüge beinhalten, müssen durch flankierende Schritte zur Ansiedlung und qualitativen Verbesserung des Branchen- /Gastronomie - Mix begleitet werden.

Rüsselsheim, den 03. Juni 2009

Für die Fraktionen:

CDU

FDP

Rüssel

Die Linke/
Liste Solidarität